

Der Abbau der Preise nach dem Kriege.

Ueber dieses Thema sprach gestern im Hotel Adlon vor den Mitgliedern des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes und geladenen Gästen der Professor der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. Dr. Robert Riefmann. Er bezeichnete einen Preisrückgang als aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen dringend erforderlich, die Ausichten auf ein schnelles Fallen der inländischen Preise aber als sehr gering. Es werde aber jedenfalls eine der wichtigsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft sein, möglichst schnell zu niedrigeren Preisen zu gelangen. Dafür, wie dies geschehen könnte und sollte, machte der Vortragende eine ganze Reihe von Vorschlägen. Er meinte, auch nach dem Kriege werde in vielen Beziehungen an staatlichen Preisfestsetzungen insofern fest zu halten sein, als der Staat dadurch auf einen allmählichen Abbau der Preise einzuwirken habe. Da die Gestaltung der Arbeiterlöhne von entscheidender Einwirkung auf die Preisbildung sei, so werde man gegenüber den Bestrebungen der gelehrten und organisierten Arbeiter, die im Kriege erlangten hohen Löhne möglichst sich zu sichern, unter Umständen vor staatlichem Eingreifen nicht zurückzusehen dürfen. Unbedingt notwendig sei eine radikale Verminderung der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel, insbesondere müßten die Darlehnsklassenscheine möglichst bald beseitigt werden. Da eine allgemeine Preisermäßigung nur durch Herabdrücken der im Kriege aufgeschwellten Einkommen zu erreichen sei, so müssen vor allen Dingen alle im Kriege erworbenen Vermögen so stark wie nur möglich zur Besteuerung herangezogen werden. Eine große, einmalige Vermögensabgabe sei unumgänglich erforderlich, die in Kriegsanleihe zu entrichten gestattet sein müßte, um gleichzeitig so das große Angebot an Kriegsanleihe, das nach dem Kriege einsehen werde, aufzunehmen. Aufgabe des Staates werde eine gewisse Rationalisierung sowohl des Sach- wie des Geldkapitals sein müssen, um so namentlich die mittleren und kleineren Betriebe zu unterstützen. Gegen die Heranziehung der Depositengelder zum Zwecke der Kreditgewährung an Handel, Industrie und Landwirtschaft durch eine Reichsdarlehnsklasse hatte Professor Riefmann keine Bedenken. Der Preisabbau stelle unserer Uebergangswirtschaft außerordentlich schwere Aufgaben, wie ja überhaupt die Zeit nach dem Kriege erst die großen wirtschaftlichen Probleme bringen werde. Zur Lösung dieser Aufgabe sei eine verständnisvolle Wirtschaftspolitik unerlässlich. Von der volkswirtschaftlichen Bildung und Einsicht der verantwortlichen Persönlichkeiten werde die Zukunft unseres Wirtschaftslebens abhängig sein. Von größter Bedeutung sei bei der Bewältigung aller dieser Probleme die Heranziehung sachverständiger Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens.

In der anschließenden Aussprache machte sich auch sehr entschiedener Widerspruch gegen die vom Vortragenden aufgestellten Richtlinien geltend. So erklärte u. a. Generaldirektor Justizrat Dr. Waldschmidt, daß derartige staatliche Maßnahmen nach Friedensschluß eine völlige Lähmung jeder Initiative des deutschen Kaufmanns unbedingt zur Folge haben müßten. Sollte sich der jetzige, kaum noch erträgliche Zustand des staatlichen Zwanges über den Krieg hinaus fortsetzen, sollten sich insbesondere die Vorschläge des Prof. Dr. Riefmann auch nur teilweise zur Tat verdichten, dann sei es besser, die deutschen Kaufleute und Industriellen schlossen ihre Betriebe; denn dann wäre für ein erprießliches Wirken des freien kaufmännischen Unternehmungsgeltes kein Raum mehr.